

Er scheint wöchentlich 3 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Buchhandlungen und Buch-
bindereien des In- und
Auslandes an.
Erlaubt Expeditionen für die
vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
G. A. Schneider,
33 N. Market str. corn.
Madison str. Chicago, Ill.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 Sgr., für die übrigen
deutschen Staaten 16 Sgr.
pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Buchhandlungen auf den 2. u.
3. Monat u. auf den 3. Mo-
nat besonders angenommen,
im Sgr. Sachsen u. Preußen
Sachl.-Altenburg auch auf
den 1. Monat à 5¹/₂ Sgr.
angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 81.

Freitag, 5. September.

1873.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat September zu 5¹/₂ Neugroschen
werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig zu
6 Ngr. bei der Expedition Zeitersstraße 44, Petersstraße 18
und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig
bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz,
Neuschönefeld u. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11
2 Tr., für Plagwitz und Lindenau u. bei Frau Hohe,
Kosmarck Nr. 9, in Lindanau, für Connewitz u. bei Teubert,
Vornaische Straße 197, für Kleinschöcher und Umgegend
bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.
Parteiengenossen! ermüdet nicht, auch fernerhin allorts nach
Kräften zur Weiterverbreitung des Parteiorgans beizutragen.
Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

Vierter Congress der sozialdemokratischen Arbeiter- partei in Eisenach. (Schluß)

Bezüglich der Affaire Memminger berichtet Diezgen Ra-
mens der Kommission:
Nach Kenntnisnahme des vorhandenen Materials pro et contra,
nach Entgegennahme des Zeugnisses verschiedener bei der Angelegen-
heit beteiligten anwesenden Mitglieder des Congresses, erkennt
die unterzeichnete Kommission mit 4 gegen 1 Stimme, daß die
bekannte Affaire Ehrenberg den tatsächlichen Beweis der Bestech-
lichkeit Memminger's nicht erbringen kann, jedoch den begründetsten
Verdacht laßt:

1. weil Memminger zur Schlusscene keine Zeugen mitnahm;
2. weil die Teilnehmer derselben einhellig seine offenbare,
unzweifelhafte Bestürzung in derselben bekunden.

Die Kommission erkennt, daß der ganze Vorgang stetig für
beide beteiligten Parteien ist.

Ferner erkannte die Kommission, daß die Affaire Ehrenberger,
welche sich im Fürther „Demokr. Wochenblatt“ abspielte, den also
begründeten Verdacht der Bestechlichkeit Memminger's zur Evidenz
erhebt, und offenbar macht, daß er sein Journal zu Erpressungen
benutzt hat.

Die Kommission erkennt einstimmig:

In Erwägung schließlich, daß Memminger durch seine Reden
und Schriften wider die internationale Vereinigung der Arbeiter-
klasse und für ihre nationale Schwächung und Verhöhnung arbeitet;
in Erwägung, daß Memminger durch diese begründete Erwägung
abgethan ist; in Erwägung, daß darin eine Genugthuung für
die neue Mitgliedschaft in Nürnberg enthalten ist, empfiehlt die
Kommission dem Congress-Vorstande, Motive und Erwägungen zu
acceptiren und die neue Mitgliedschaft in Nürnberg aufzufordern,
daß sie der dortigen älteren und zahlreichen Mitgliedschaft sich an-
schließe, um gemeinschaftlich mit ihr den Zweck der Partei, den
Kampf wider die allgemeine soziale Unordnung zu verfolgen.
Klees: Magdeburg; Leyenteker: Mainz; Auer: Berlin; Diezgen:
Siegburg; Koloelb: Braunschweig.

Der Kommissionsbericht wird mit großer Majorität angenom-
men, nachdem Grillenberger erklärt, daß man Memminger
wegen Verdachts nicht verurteilen dürfe. Diezgen erinnert an
sein Ausreten in der Presse. Grillenberger meint, dieses Er-
kenntnis mache in Nürnberg eine Vereinigung der freirechtlichen Par-
teien unmöglich und will den Congress dafür verantwortlich machen.
Weib weist dies zurück. Klees (Magdeburg): Es ist traurig,
wenn in Nürnberg die Bewegung an einer Person hängt. Bütt-
ner (Zürich) erklärt, daß seine Mandatgeber Memminger trotz
des Congresses als Parteigenossen betrachten würden und ergeht
sich in starken Schwärmungen gegen die Redaktion des „Volksstaat“.
Blos wendet sich an den Vorsitzenden, der Büttner zur Ordnung
ruft. Nord beantragt, eine Kommission einzusetzen, die zu unter-
suchen habe, ob die von Hillmann (Elberfeld) gegen ihn erhobene
Schuldigung, er strebe nach einer Diktatur, begründet sei. Der
Antrag wird angenommen, und Leyenteker, Klees, Auer, Brade,
Dr. Es in die Kommission gewählt.

Es ergibt sich, daß jetzt 71 Delegirte mit 134 Mandaten an-
wesend sind, welche 110 Orte und 9224 Parteimitglieder vertreten.

26. August. Es wird beschlossen, daß der nächste Congress zu
Eoburg abgehalten werden soll. Es wird beschlossen auf Antrag
von Burchardt, eine Agitationsnummer des „Volksstaat“ heraus-
zugeben, ebenso eine Broschüre für die Wahlagitacion. (Antrag
Stade Nr. 45 der Vorlage.) Weib theilt mit, daß demnach
die wichtigsten sozialistischen Schriften, ihrem wesentlichen Inhalte
nach, im Druck erscheinen sollen und zwar auch in Broschürenform.
„Utopia“ von Thomas More soll den Anfang machen. Der
Antrag Ehrhardt (Kaiserslautern), eine Gewerkschaft der Land-
arbeiter zu gründen (§ 47 d. Vorl.), wird nicht angenommen,
nachdem in längerer Debatte derselbe als verfehlt erklärt worden.
Weib bemerkt, daß man nur für die Partei, noch nicht aber für
die Gewerkschaften unter den Landarbeitern agitiren könne, und
beantragt, die Parteigenossen zu verpflichten, mit Wort und Schrift
die Gewerkschaften auf dem Lande vorzubereiten, was auch ange-
nommen wird. Die Kommission in der Angelegenheit Nord-Hil-
mann erstattet Bericht, und erklärt Hillmann's Anklagen für un-
begründet, wenngleich der von Nord nach dem Rheinland gesandte
Agitator Scheil zu solchen Behauptungen Anlaß gegeben habe.
Der Congress geht zur Tagesordnung über. Der Augsburger
Antrag (§ 2 d. Vorl.), welcher eine Erhöhung der Parteisteuer
bewirkt, wird abgelehnt, dagegen der von Wandobed angenom-

men: daß die Parteisteuer nicht weniger als 1 Sgr. betragen
dürfe. Antrag von Breslau (§ 5 d. Vorl.), welcher verlangt,
daß der Ausschuß nie länger als zwei Jahre an einem Orte ver-
bleiben dürfe, wird angenommen, nachdem Geiser, Leyen-
teker, Kühn, Schneider (München), Dehne dafür, Wot-
teker und Fischer sich dagegen ausgesprochen. Der Beschluß ist
der Urabstimmung sämtlicher Parteimitglieder zu unterbreiten.
Ein ähnlicher Antrag von Frankfurt (§ 4 d. Vorl.) ist zurückge-
zogen worden.

Antrag von Köln (§ 6 d. Vorl.), daß Konferenzen, außer-
ordentliche Congresses u. nur dann stattfinden können, wenn der
Ausschuß oder die Controlcommission, mit absoluter Majorität
oder ein Sechstel sämtlicher Parteimitglieder beschließt, wird ab-
gelehnt, ebenso der Antrag 7 der Vorlage, der in § 10 der Or-
ganisation das Wort „nehmen“ in „haben“ ändern will. Ueber
den Antrag von Köln (§ 8 d. Vorl.), daß der Ausschuß ohne
Zustimmung der betreffenden Agitationscomitès keine Agitatoren
senden dürfe, beschließt der Congress die motivirte Tagesordnung.
Ueber den Bielefelder Antrag (§ 9 d. Vorl.), der das Agi-
tationsterrain in Bezirke eingetheilt haben will, geht der Congress
zur Tagesordnung über.

Der Antrag von Breslau (§ 10 d. Vorl.), eine Aenderung
der Organisation (§§ 13 und 15), bezüglich der Befugnisse der
Controlcommission betreffend, wird abgelehnt.

Der Antrag von Berlin (§ 11 d. Vorl.), daß der Partei-
sekretär keine andere Stellung besleiden dürfe, wofür ihm entspre-
chendes Gehalt zu sichern sei, wird angenommen.

Ueber den Mannheimer Antrag (§ 12 d. Vorl.), daß eine
Abrechnung des „Volksstaat“ den Vertrauensmännern zuzustellen
sei, wird als selbstverständlich zur Tagesordnung übergegangen.

Der Antrag von Frankfurt (§ 13 d. Vorl.), daß kein Dele-
girter zum Congress Zutritt habe, der nicht bis zum letzten Mo-
nat vorher seine Parteisteuern bezahlt hat, wird abgelehnt.

Der Antrag von Pforz (§ 14 d. Vorl.), daß Mitglieder-
schaften unter 20 Mann ihre Beiträge per Quartal abzuliefern haben,
wird angenommen.

Der Antrag von Limbach (§ 15 d. Vorl.), Abänderung der
Geschäftsordnung bezüglich säumiger Steuerzahler betreffend, wird
angenommen.

Der Antrag von Fürth (§ 16 d. Vorl.), in jedem Gan einen
Parteigenossen zu ernennen, der vorkommende Streitigkeiten zu
schlichten habe, wird abgelehnt.

Der Antrag von Breslau (§ 17 d. Vorl.), es möchten alle
Lokalvereine zu Gunsten einer centralistischen Organisation aufge-
hoben werden, erregt eine lebhafteste Debatte. Die sächsischen Dele-
girten treten für die Lokalvereine ein; Albert, Vogel, Rübner
und Walster constatiren, daß die sächsischen Lokalvereine Lieb-
kecht und Bebel in den Reichstag gebracht haben. Dehne,
Geiser und Scheil meinen, daß in den Lokalvereinen ein parti-
kularistischer Geist großgezogen werde und sie deshalb fallen müßten.
Der Antrag wird verworfen.

Der Antrag von Königsberg (§ 18 d. Vorl.), daß die nach
den Congressbeschlüssen jedesmal neu reorganisirte Organisation den
Parteigenossen zugänglich zu machen sei, wird abgelehnt, nachdem
Koloelb von Weib bedeutet worden, daß dies jedesmal ge-
schehe.

Ueber den Antrag von Constanz (§ 19 d. Vorl.), daß nur
nach gemeinschaftlicher Verabredung des Ausschusses und der Control-
commission eine Mitgliedschaft aufgelöst werden könne, wird als
überflüssig zur Tagesordnung übergegangen.

Ueber den Antrag von Augsburg (§ 20 d. Vorl.), daß per-
sönliche Streitigkeiten nicht mehr in der Presse, sondern durch
Schiedsgerichte zum Austrag gebracht werden sollen, wird zur Ta-
gesordnung übergegangen, nachdem Imhof (Erfurt) ein ständi-
ges Schiedsgericht verlangt hat. Weib antwortet darauf, daß
nicht einmal der Staat ständige Geschworne habe.

Der Antrag von Fürth und Constanz (§ 21 d. Vorl.), den
Erlaß Nord's in Nr. 15 des „Volksstaat“ zu annulliren, sowie
der Ronsdorfer Antrag (§ 22 d. Vorl.), die alte Mitgliedschaft
Fürth wieder in ihre Rechte einzusetzen, werden als erledigt
betrachtet.

Ueber Antrag Kräcker (Breslau), daß die Vertrauensmänner
zu einer Buchführung anzuhalten seien, wird zur Tagesordnung
übergegangen.

Der Reihenfolge wegen fügen wir hier ein, daß der Antrag
von Augsburg (§ 29 d. Vorl.), die Parteiorgane der Aufsicht
des Ausschusses unterzuordnen, nach langer, heftiger Debatte ver-
worfen wurde, wobei in nicht gerade lobenswerther Weise eine
unter den Parteigenossen ziemlich verbreitete irrige besondere Klasi-
fication von der Partei angehörigen Literaten und Lohnarbeitern
zu Tage trat.

Der Antrag von Hamburg (§ 31 d. Vorl.), daß der Aus-
schuß sobald als thunlich mit der Gründung einer belletristischen
Wochenchrift vorzugehen habe, wird angenommen.

Ueber den Antrag Dieze (Ebenitz) (§ 32 d. Vorl.), betref-
fend Unterstützung von Gefangenen, beschließt der Congress die motivirte
Tagesordnung; der Antrag Posnanski (§ 32 d. Vorl.), betref-
fend Unterstützung der verurtheilten dänischen Sozialisten, wird dem
Ausschuß zur Berücksichtigung überwiesen.

Auf Antrag von Scherm und Moyer (Nürnberg) schreitet
man jetzt zur Wahl des Parteiaussschusses. Die Debatte
über den neu zu wählenden ist sehr lang und heftig; viele Dele-
girten sprechen sich gegen, viele für eine Wiederwahl von Hamburg
aus. Geiser kündigt an, daß die Breslauer Mitglieder aus der
Partei austreten würden, wenn Hamburg wieder zum Vortritt ge-
wählt würde. Es werden Berlin und Frankfurt in Vorschlag
gebracht. Bei der Wahl (mit namentlicher Abstimmung) wird

Hamburg mit 36 Stimmen als Sitz des Ausschusses wieder-
gewählt. 24 Stimmen fallen auf Berlin.

Es folgt die Wahl des Sitzes der Controlcommission. Die
Debatte ist kurz; vorgeschlagen sind Frankfurt, Berlin, Köln,
München, Mainz. Es wird Frankfurt zum Sitz der Control-
commission gewählt.

Mittwoch, 27. August. Die Zwistigkeiten im Eisenacher
Volkverein kommen zur Verhandlung. Der Antrag von Ko-
loelb, den Verein aufzulösen eine Mitgliedschaft zu bilden,
wird angenommen. Scheil's Verhalten im Rheinland wird einer
eingehenden Debatte unterzogen. Der Congress nimmt den Antrag
von Bahlteich an, zur Tagesordnung überzugehen, aber dem
Ausschuß möglichste Vorsicht in der Wahl der Agitatoren zu em-
pfehlen.

Meinichs in Göppingen bei Augsburg will vom Congress
200 fl. für den Schaden ausbezahlt haben, den ihm ein Schieds-
gericht in Nürnberg zugesagt haben soll. Der Congress geht zur
Tagesordnung über.

Es gelangt zur Debatte die Angelegenheit des bisherigen Mit-
redakteurs der „Chemnitzer Freien Presse“, Gustav Lysier, wel-
cher einem Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins
einen Zettel übergab, in welchem er Annäherung an Haiselmann
vom „Neuen“ anstrebte, beziehungsweise mit dem erbittertesten Feind
unserer Partei zu conspiriren versuchte. Bahlteich, Becker und
Rübner sprechen sich für Ausstoßung Lysier's aus, die auch ein-
stimmig beschlossen wird.

Lysier wird von der Agitation suspendirt; die Ordnung
seiner Angelegenheit ist dem Ausschuß überwiesen.

Buchdrucker Benedek in Eisenach verlangt für den „Thür-
inger Volksboten“ eine Unterstützung von jährlich 200 Thlr.
Nord und Weib erklären, daß durch die bisher gepflogenen
Verhandlungen der Ausschuß nicht gebunden sei, weder materiell
noch moralisch. Der Congress geht über die Sache zur Tagesord-
nung über, indem er die Ansprüche Benedek's an das Weimarer
Agitationscomitè zurückweist.

Es beginnt die Debatte über die Wahlagitacion. Fischer
will, daß man mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu-
sammengehe. Auer spricht sich dagegen aus, Dehne ebenfalls.
Leyenteker, Blos, Albert, Hillmann sprechen sich gegen
alle Compromisse aus. Schneider (München) betont die indivi-
duelle Freiheit bei der Wahlhandlung; Löwenstein hält Com-
promisse nicht für nothwendig. Es wird der Ronsdorfer Antrag
(§ 34 der Vorlage) angenommen:

„Da von Seiten unserer Partei bereits Schritte zur
Einigung der gesammten deutschen Social-Demokratie
gemacht worden, von der diesjährigen Generalversamm-
lung des Allg. deutschen Arbeitervereins zu Frankfurt
a. M. die Einigung aber fast einstimmig zurückgewiesen
ist, erklärt der Congress, jedweden Versuch mit obiger
Fraktion, sei er auf die Einigung der Partei oder
auf die Wahlen gerichtet, einzustellen.“

Der Berliner Antrag (§ 35 der Vorlage) wird in folgender
Fassung angenommen: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei be-
trachtet die Reichstagswahlen nur als Agitationsmittel und als
Prüfstein für die Verbreitung ihrer Prinzipien, jeden Compro-
miss mit andern Parteien ablehnend.“

Damit sind die weiteren Anträge bezüglich der Wahlagitacion
bis § 38 der Vorlage, also die Anträge von München, Span-
bau und Frankfurt erledigt.

Ueber den Antrag Ludenwalde, für den vom demokratischen
Wahlverein in Braunschweig aufgestellten Candidaten weder Weib
noch Agitatoren zu bewilligen geht der Congress zur Tagesordnung
über, nachdem Brade für, Löwenstein gegen den demokratischen
Wahlverein sich ausgesprochen.

Der Antrag von Fürth (§ 40 der Vorlage):

„Der Congress wolle beschließen: Allen Parteimitglie-
dern, die noch einer andern politischen Partei angehören
oder mit solchen in Verbindung stehen, die Alternative
zu stellen, entweder aus unserer Partei zu scheiden oder
der ändern zu entsagen“,

wird nach Empfehlung durch Vogel angenommen.

Es erfolgt die Aufstellung der Candidaten für die Reichstags-
wahlen. Für Sachsen werden acht offizielle Candidaten be-
schlossen und zwar

- | | |
|-----|-------------------------------------|
| 13. | Freiberg, Hainichen, Oederan) Weib. |
| 14. | (Leipziger Umgegend) dem Landes- |
| 15. | comitè überwiesen. |
| 16. | (Mittweida) Bahlteich. |
| 17. | (Chemnitz) Most. |
| 18. | (Glauchau, Meerane) Bebel. |
| 19. | (Zwickau) Wotteker. |
| 20. | (Schneeberg, Stollberg, Geyer) |
| 21. | Liebkecht. |

22. (Reichenbach) Nord.

Als weitere offizielle Candidaten werden aufgestellt: Grillen-
berger für Nürnberg, Nord für Hof, Most für Augsburg,
Saurer für Rempen (Rheinland). Für Erfeld wird die Can-
didatur dem dortigen Agitationscomitè überwiesen. Für Mainz
wird offiziell Dr. Joh. Jacoby, für Braunschweig W. Brade
jr. aufgestellt; in Königsberg wird die Aufstellung des Candidaten
den dortigen Parteigenossen überlassen. Dies sind die officiellen Can-
didaturen, von denen Nürnberg, Augsburg, Mainz und Braun-
schweig auf Unterstützung aus der Parteikasse verzichten. Die Zahl
der officiellen Candidaturen ist sechszehn.
Der Congress fährt fort in der Behandlung der noch auf der
Tagesordnung stehenden Anträge. Ueber den Antrag Kräcker

(Breslau) (§ 41 der Vorlage), nach welchem den Reichstagsabgeordneten durch regelmäßige, den Vereinsmitgliedern aufzuerlegenden Steuern Tagesgelder zu beschaffen seien, wird zur Tagesordnung übergegangen, nachdem Bloß angeführt, daß, wenn dieser Antrag zum Beschluß erhoben, die Mandate unserer Abgeordneten Gefahr laufen könnten zu werden. Es wird beschlossen, der Vorstand solle einen Wahlfond gründen.

Ueber den Antrag von Erfurt (§ 42 der Vorlage), die Parteifeuer während der Wahlzeit auf monatlich 2 Sgr. zu erhöhen, geht der Congreß zur Tagesordnung über; ebenso über die Anträge von Mannheim (§§ 43 und 44 der Vorlage), welche die Agitation mehr lokal betreiben haben wollen und verlangen, daß Ausschußmitglieder nur in dringenden Fällen auf Agitation gehen dürfen.

Der Antrag Berlin (§ 46 der Vorlage), dahin lautend: „Die Parteimitglieder eines jeden Ortes sind verpflichtet, ihre Verkehrslokale allvierteljährig mindestens einmal im „Volkstaat“ zu inserieren; die Mitglieder derjenigen Orte, an denen mehr als 50 Exemplare des „Volkstaat“ gelesen werden, sind gehalten, dies mindestens dreimal im Quartal zu thun“, wird, amendiert von Motteley, angenommen.

Ueber den Antrag von Ganshorn in Mannheim (§ 48 der Vorlage), bezüglich des Anschlusses der Fachvereine an die Gewerkschaften und Einberufung eines alljährlichen Gewerkschaftscongresses, wird die motivierte Tagesordnung beschlossen; ebenso über den Antrag von Königsberg (§ 49 der Vorlage) daß jeder Vertrauensmann sich in den Besitz der Statuten der internationalen Gewerkschaften zu setzen habe.

Ueber den Antrag von Königsberg (§ 50), daß dort eine umfassendere Agitation eingeleitet werden möge, geht der Congreß zur Tagesordnung über; dagegen wird der Antrag von Erfurt (§ 51 der Vorlage), daß in Thüringen seitens der Partei eine Hauptagitation zu entwickeln sei, zur Berücksichtigung an den Ausschuß überwiesen. Der Antrag von Hillmann (Ebersfeld), gegenüber den Gesellenherbergen u. s. w. sozialdemokratische Unterstüßungshäuser zu errichten, wird abgelehnt.

Der Congreß wird Mittwoch Nachmittag durch den Vorsitzenden Geiß geschlossen. Es findet hierauf im Congreßslokal die Generalversammlung der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig statt.

Es ist anzuerkennen, daß die vielen persönlichen und lokalen Streitfragen, die der Congreß zu erledigen hatte, trotz aller Schwierigkeiten in aller Ruhe und Ordnung gelöst wurden und daß dadurch die allzu frühe Freude der Gegner der Arbeiterfrage in die Brüche ging. Im Ganzen war der Verlauf des Congresses durchaus befriedigend und wenn die vortreffliche Leitung der oft verwickelten Debatten durch den Vorsitzenden sich einestheils um dieses verdienstlich gemacht hat, so ist es andererseits klar, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich ihrer Aufgabe voll bewußt ist und die Bedingungen ihrer Entwicklung erkannt hat. Das verspricht eine lebensfrische Zukunft!

Politische Uebersicht.

— Unsern Wortspatrioten, die jetzt wieder zur Sedanfeier so viel Geld auf allgemeine Kosten verbrennen haben, sei ein Fall erzählt, aus dem sie ersehen mögen, wie die armen Teufel, die Sedan und die andern Schlachten geschlagen haben, welche sie (die Wortspatrioten) hinter vollen Schüsseln und Humpern feiern, vom „dankbaren Vaterland“ gelohnt bekommen.

Bei Gelegenheit der Veranhang eines städtischen Zuschusses zu einer Sedanfeier in Braunschweig erzählte im Stadtoberordneten-collegium unser Parteigenosse Braack, indem er gegen die Sedanfeier sehr entschieden opponierte, folgenden Fall, der eine Schmach für das „Reich“ ist. Ein Soldat, Namens Müller, wohnhaft Scharrnstraße 31, war seit 1866 im Dienst, wurde im Gefecht bei Vendome im December 1870 am Beine verwundet und hat dann zwei Jahre in 17 verschiedenen Lazarethen zugebracht. Er hat außer an seiner Wunde am Typhus, an den Pocken, an der Lungenentzündung und an Epilepsie gelitten; der Knochenfraß zerstörte ihm die Brauchbarkeit des linken Arms. Vor etwa dreiviertel Jahren ward er als geheilt entlassen. Eine Zeit lang arbeitete er in einer Braunschweiger Tabakfabrik und verdiente beim Abstreifen von Tabakblättern wöchentlich einen Thaler, ein Beweis, wie wenig er zu leisten im Stande war. Seit einiger Zeit ist er auch hierzu unfähig geworden. Und was erhält der Mann als Invaliden-Pension von den erbetenen Milliarden? Monatlich 3 Thlr. und 2 Thlr. Kriegszulage. Das ist der Lohn dafür, daß er für das „Vaterland“ auf zeitweilig zu einem elenden Strüppel geworden ist. Und nicht genug damit, vom 1. Oktober soll er auch noch die drei Thaler Pension verlieren. Als der Mann zu Braack kam, hatte er seit vier Tagen buchstäblich gehungert, und von furchtbaren Schmerzen gepeinigt, bot er ein Bild des Jammers. Von allen Stellen wo er Hilfe suchte, wurde er abgewiesen.

So fragt das Reich, trotz der 5 Milliardenkriegsbeute für seine Invaliden. Der hier erzählte Fall reicht sich wüthend einem andern an, den kürzlich die „Berliner Volkszeitung“, bekanntlich ein sehr loyales Blatt, erzählte. Nach ihm hat man in Königsberg arme Invaliden 10, 15 und 20 Monate im Lazareth festgehalten, um ihnen eine Erklärung zu erpressen, durch welche sie beschleunigt, erwerbsfähig zu sein, damit der Staat die Invalidenpensionen spare. Die armen Teufel, um nur aus der Hölle des Lazarethlebens endlich befreit zu werden, haben unterschrieben. Die „liberale“ Presse hat über solche schmachvolle Zustände kein Wort des Tadels, sie schweigt sie todt. Die Sozialdemokratie allein ist es, welche sich dieser armen Elenden annimmt und sie wird das ihr gelieferte Material benutzen.

Man frage einmal nach, ob ein invalider Offizier ähnliche Klagen laut werden zu lassen Ursache hat und man wird überall hören: „nein, für die ist ausreichend gesorgt.“ Der Invalid Müller in Braunschweig erhält einen Gnadenbroden von lumpigen 60 Thlrn. jährlich, die am 1. Oktober auf 24 Thlr. zusammensammeln sollen. Jeder invalider Offizier, der eine Friedenspension von unter 500 Thlr. jährlich bezieht, erhält eine Zulage von 200 Thlr. jährlich und würde er, wie Müller, einen Arm eingebüßt haben, bekäme er eine weitere Zulage von 200 Thlr. Man vergleiche diese Summen, und man wird finden, für wen aus den Milliarden gesorgt ist, für wen nicht.

Der Militär- und Bourgeoisstaat sorgt recht gründlich dafür, sich bei dem Volk beliebt zu machen, wir wollen ihn in diesem Streben nicht behindern.

— Das internationale „schwarze“ Stiebertuch. Wie der internationale Stieber zu Werke geht, erfährt man aus nachstehendem Circular, welches kürzlich die österreichische Staatspolizei ihren einzelnen Unterstiebern zugesandt hat:

„Einer von der I. und I. Gefandtschaft zu Brüssel an das I. Ministerium des Aeußern gelangten Mittheilung zufolge beabsichtigt der bekannte Sozialdemokrat B. v. A. sich in Gesellschaft einiger Arbeiter nach Wien zu begeben, um daselbst sozialistische Propaganda zu machen. Indem das Commissariat hieron unter Anschluß einer kurzgefaßten Biographie des Genannten, sowie seiner Personbeschreibung in Kenntniß gesetzt wird, ersuche ich, das Auftauchen des genannten B. v. A. auf hiesigem Plage wahrzunehmen und unverzüglich anzuzeigen, ihm und seinem Treiben bis auf weitere Befehle die eingehendste Aufmerksamkeit zuzuwenden, und über jede besondere, mit seinem Erscheinen in Verbindung stehende Vorfälle eingehend Bericht zu erstatten. Personbeschreibung: Statur klein, mager und zart, Haare grau gesprengt, Barthaare grau gesprengt, trägt Schnurbart und Fliege. Besagter B. v. A. giebt sich für einen Wein- und Tabakagenten aus. Er ist geboren in Ghult in Belgien, verheiratet und ungefähr 30 Jahre alt, ein gebildeter Mensch von distinguirtem Benehmen, doch soll er dem Trunke ergeben sein. Sein Vater war ein bedeutender Fabrikant. Durch seine Mutter ist er verwandt mit einer der bedeutendsten Familien in Brügge. Er ist ein Mitglied der internationalen Arbeiter-Assoziation, und wohnte als Abgeordneter der Senfer Section dem von der Assoziation am 2. September 1872 zu Haag abgehaltenen Congresse, dem er sogar zeitweilig präsidirte, bei. — Im März 1871 stand er vor dem Assisen-Gerichtshofe, wo er wegen — bei Versammlungen und an öffentlichen Orten — ausgestoßener anführerischer Rufe angeklagt war, wurde jedoch von demselben freigesprochen. Nach diesem Vorfall begab er sich nach Frankreich und blieb daselbst bis Jänner 1873, zu welcher Zeit er aus diesem Lande wegen sozialistischer Umtriebe ausgewiesen wurde. Um das Ganze zusammenzufassen: B. v. A., der einer der Vertrauten Karl Marx, des Hauptes der Internationale zu sein scheint, ist einer jener Populär-tätowirter, die sich dieser Assoziation nur angeschlossen haben, um rascher zu einer Verühmtheit zu gelangen.“

Wie hier deutlich zu ersehen, geht der internationale Stieber schon so weit, die Gedanken des unglücklichen „gestieberten“ Sozialisten zu denunzieren. Schlimm! Am Ende erathet der preussische Stieber auch, was man im Redaktionsbureau des „Volkstaat“ denkt und wir sind übel dran. Im Reiche der „frommen Sitte“ ist einem Stieber ja das Unmögliche möglich!

— Da wir dem großen Hecker einen Willkommungsgruß zugesandt haben, als er die deutsche Erde betrat, so soll ihm auch der Abschiedsgruß nicht fehlen. Wir haben seine letzte Rede in Mannheim freudigst begrüßt, namentlich weil er darin sagte, daß er seine Heimath nie mehr sehen werde. Bravo, denn wir haben im preussischen Reich übergenug Jungendlicher von achtundvierzig her, die vor lauter Pöbelhieben den deutschen Michel gar nicht mehr zu sehen vermögen, und wir laden bereitwilligst das Geschäft, solche Schwächer anzuhören, auf die breiten republikanischen Schultern Nordamerika's ab. Der „Volkswacker“, lehnend nach Tyrannenblut, hat es sich natürlich nicht nehmen lassen und bei seinem Abschieds-Ritterik in Mannheim noch seine ganze Galle gegen die Sozialdemokratie ausgespritzt. „Ich lasse mir kein K für ein U machen;“ hat der Held von Randern die Mannheimer „Demokraten“ angekräht, „aber ich habe ein warmes Herz für die arbeitenden Klassen, und wie ich gegen das Eisenbahnmonopol bin, so will ich auch, daß wahre Freiheit, Bildung und Sittlichkeit nicht in die Hände von Ultrademagogen fallen, die nie gearbeitet haben und die kein Herz haben. Das sind Leute, die, wenn man sie fragt, warum sie nicht auch hinausgehen und arbeiten, lachend antworten: „Glaubst du denn, daß ich so dumm bin? Ich muß täglich meine Austersuppe haben!“ Es empört mich, daß der Arbeiterstand so aufs infamste ausgebeutet wird. Ich muß auch dies sagen, wenn auch übermorgen im „Volkstaat“ zu lesen sein wird, was ich für ein Kerl bin. Das rührt mich nicht, ich habe ein dickes Fell wie ein Krokodil, da geht nicht so leicht eine Kugel durch.“ Dicker wohl, als die Krokodilhaut, ist der Schädel, aus dem solcher Blödsinn auf die Zunge übergeht. Die „wahre Freiheit, Bildung und Sittlichkeit“ hat einen Wächter mit einer Krokodilhaut, die keine Kugel durchdringt! Das „warme Herz für die arbeitenden Klassen“ hat Herr Hecker wohl dadurch bewiesen, daß er vor einigen Jahren in die „Gartenlaube“ seines edlen Freundes Keil schrieb, in Amerika seien die Arbeitshände (hands für Arbeiter) „rar, theuer und unverkäuflich!“ Was die „Austersuppe“ betrifft, ein Bericht, das in Deutschland kaum oder gar nicht vorkommt, in Amerika aber, so sagt man uns, seiner Billigkeit wegen meistens von Proletariaten konsumirt wird, so brauchen wir nicht näher auf dieselbe eingehen. Wer gegen die Ultrademagogen nichts anderes als den angeblichen Genuß von utopischen „Austersuppen“ vorzubringen weiß — wahrscheinlich ein Nachklang der verschiedenen Bankette im Badener Hof zu Mannheim und in der „guten Quelle“ zu Leipzig — der besitzt allerdings eine Krokodilhaut und einen Krokodilschädel, und so mag sich denn dies politische Gespenst und Krokodil wieder aus dem „neuen Reich“ und aus Europa hinaus-trollen und mit einigen Krokodilschreien scheiden von der Stätte, wo es einst im Schlapphut, mit „Wasserstiefeln und viden Sohlen“ das gute Volk „ansührte“. Auf Rimmerwiederscha!

— Vor Kurzem waren in Mainz die Säulen sämmtlicher Mucker versammelt. Kleist-Regow, Senft-Pilsch und Andere liierten die gottesfürchtige Gesellschaft. Als auch die Internationale zur Sprache kam, wurde zur Verwahrung gegen dieselbe: „Ausgebrüt der Hölle“ und zur Stärkung sommer Omide folgendes Lied gesungen:

„Reigt der Satan gleich zu Felde
„Mit dem ganzen Höllethier
„Christi Blut
„Gibt uns Muth
„Wider alle Teufelsbrut!“

Wenn jetzt nicht nach solch lästigem Stößgebellein der Teufel die Internationale holt, dann mögen Senft-Pilsch und Kleist-Regow katholisch werden. Dort versteht man das Fluchen noch besser!

— Bezüglich des Beschlusses unseres Parteicongresses in Eisenach, mit andern Parteien bei den Reichstagswahlen keinen Compromiß einzugehen, bemerkt ein einseitig volksparteiliches Blatt, die „Süddeutsche Post“ in München: „Die Herren konnten diesen Beschluß um so leichter fassen, als sie wahrscheinlich Niemand gefunden hätten, der mit ihnen compromittirt hätte.“ Nun fand kürzlich in Plochingen (Württemberg) eine Versammlung schwäbischer Volksparteiler, monarchischer und Hinterwäldler, „Demokraten“ statt, wo positiv ausgesprochen wurde, man (die Volkspartei in Schwaben) wolle bei den nächsten Reichstagswahlen mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Um dieses „Zusammengehen“ zu verhüten, ist der Congreßbeschuß gefaßt worden, um zu verhüten, daß die Arbeiter wieder von den sogenannten „wahren“ Demokraten verrathen und betrogen werden, d. h. sich vor der Wahl alles Mögliche von ihnen versprechen lassen, sie dann wählen

und hintenach traktirt und übergangen werden, als ob gar nicht vorgefallen wäre. — Es wäre also wohl gut, wenn die „Süddeutsche Post“ sich die Sache etwas weniger hochmüthig ansehen wollte!

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner deutscher Sattlerverein.

Berlin, 23. August. Sonnabend, den 23. August ertheilt der Delegirte von Berlin Herr Bircks Bericht über den diesjährigen Congreß, welcher den 17., 18. und 19. August in Offenbach stattgefunden hat. Derselbe wies in einem ausführlichen Referat nach, daß auf dem diesjährigen Congreß 16 Mitgliedschaften durch 11 Delegirte vertreten waren, welche nach dreitägiger Arbeit durch Verbesserung der Statuten, Aenderung des Namens, Einführung von Steuergeld, (für verheiratete Kollegen) Regelung der Organisation durch Einführung eines Agitations-Comitö, welches seinen Sitz in Hamburg hat, wesentlich dazu beigetragen haben, den Verein zu dem zu machen, was er eigentlich sein soll. — Es endete der Congreß unter Glückwünschen auf den Verein, und unter dem gegenseitigen Besprechen der unerwünschten Thätigkeit für denselben.

Im Auftrag des Vorstandes:

P. Strayer, Schriftführer.

NB. Auch sagen wir unsern Kollegen in Offenbach für die freundliche Aufnahme unserer Delegirten den besten Dank im Namen der Berliner Mitgliedschaft.

D. D.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha, 1. September. Es ist mir von den Sieger Delegirten in Eisenach mitgetheilt worden, daß die dortigen Kollegen das an sie von Dresden übersandte Material verkauft und sich in den Erlös mit dem noch vorhandenen Geld getheilt. Wir theilen diesen Vorfall unseren Kollegen allerorts deshalb mit, damit sie sich den Namen Sieger und diese Heldenthat recht in das Gedächtniß prägen.

Daß die Krankenkassenstatuten noch nicht, wie versprochen, am 1. September in den Händen der Bevollmächtigten sind, liegt weder an uns noch an der Druckerei, sondern an der „pünktlichen“ Beförderung der Bahnen. Heute sind es nämlich 8 Tage, daß das Paket von Leipzig abgegangen, und immer habe ich dasselbe noch nicht erhalten. Ferner bringen wir zur Kenntniß, daß die Krankenkasse bei der hiesigen Behörde angezeigt und genehmigt ist. Neue Mitgliedschaft Landgut i. V., Bevollmächtigter daselbst ist K. Steinbichler, Kassirer Kränzhäfer, Kontrolleur G. Zwidnagel. Breslau steht in Aussicht. Es ist erfreulich, welchen Aufschwung unsre Gewerkschaft nimmt und das Refatalt wäre jedem falls ein noch viel besseres, wenn nicht hier und da selbst Mitglieder der Partei den Keuten von dem Anstich abziehen und sogar zu Sonderbestrebungen ihre Kräfte liehen. Für die noch lüger Kleinspäder gilt dasselbe, wie für die Großspäder, sie wählen sich einen am Orte befindlichen Arzt, der für eine Entschädigung die Mitglieder resp. Kranke untersucht und deren Gesundheitszustand bescheinigt. Nochmals ermahnen wir zur strengen Kontrolle. Für die Verwaltung: B. Bod.

NB. Ich muß bitten, alle Gelder direkt an den Hauptkassirer A. Köllin, Hügelgasse 16, die Abrechnungen jedoch an mich zu senden.

D. D.

Großh. Dem Vorsitzenden des Verwaltungsrathes der internationalen Gewerkschaft der Schuhmacher, B. Bod in Gotha, müssen wir einige Worte entgegen auf seinen Artikel in Nr. 73 des „Volkstaat“, in welchem er sagt, es wären wieder viele fröhliche Striktes in Aussicht und weiter unten im selben Artikel das Wort „indisch“ gebraucht.

Das geben wir zu, daß ein unorganisierter Strikter nur der Kapitalmacht zum Nutzen endet. Aber sollen wir denn stets dem Druck der Kapitalmacht gegenüber schweigen? Sollen wir warten, bis uns eine gefüllte Hauptkassette zur Seite steht? Damit soll keineswegs den Striktes das Wort geredet sein; es ist vielmehr Aufgabe der Gewerkschaften, vereint die genossenschaftliche Arbeit einzuführen. Darum, Kollegen, vereinigt Euch! Agitire ein Jeder nach seinen Kräften für die Gewerkschaft. Unsern Vorsitzenden B. Bod eruchen wir aber, künftig nicht so ohne Weiteres sich der Worte „fröhliche Striktes“ und „indisch“ zu bedienen. Solche Ausdrücke sind nicht gut angebracht Kollegen gegenüber, die in einem Strikter begriffen sind, die also mit der Kapitalmacht im Kampfe liegen.

Für die Mitglieder der Schuhmacher-Gewerkschaft:
Bruno Flach, Bevollmächtigter.

Correspondenzen.

Berlin, 27. August. In Nr. 75 des „Volkstaat“ spricht sich unser Hamburger Kollege und Vorsitzende des dortigen Buchbindervereins E. Breuel in einer Weise über die Gewerkschaftsbewegung aus, die eine Erwiderung zur Pflicht macht, trotzdem die Redaktion d. Bl. bereits kurz die wichtigsten Irrthümer klar gelegt hat. Am auffallendsten ist dabei, Ansichten, wie die im besagten Artikel ausgedrückten, aus der Feder eines Parteigenossen fließen zu sehen; hätte ein Bourgeois so geschrieben, würde man sich nicht wundern. Vorausgeschickt sei, daß ich es Herrn Breuel nicht übel deute, wenn er die sozialdemokratische Arbeiterpartei als „Eisenacher Volkspartei“ bezeichnet; ich rechne dieses Vorurtheil seiner Unbekanntschaft mit unsern Bestrebungen zugute.

Daß der Hamburger Buchbinderverein sich vom Verbanne fernhält, habe auch ich bisher der Parteistellung der Majorität seiner Mitglieder zugeschrieben; nachdem Kollege Breuel aber ausdrücklich erklärt, daß nur prinzipielle Gründe vorliegen, will ich mich dazu bequemen, auch dies zu glauben. Der Herr Verfasser wird aber erlauben, daß ich diese Gründe, die angeblich auf wissenschaftlichen Erkenntniß beruhen sollen, einer sachgemäßen Kritik unterziehen nicht nur um die Hamburger Kollegen von ihrem Irrthum zu heilen, sondern weil die angeregte Frage überhaupt von so großer Bedeutung ist, daß sie nicht unerörtert bleiben darf.

Herr Breuel sagt: „Erstens sind wir der festen Ueberzeugung, daß jegliche Gewerkschaftsbewegung, sofern sie nicht als ihre erste und einzige Hauptaufgabe die Förderung der sozialdemokratischen Prinzipien gelten läßt, verwerflich und nutzlos ist.“ Diesen Satz erkenne ich nur zum Theil als richtig an. Als einen Sozialdemokraten lasse ich nur denjenigen gelten, der nicht allein erkannt hat, daß alle sozialen Uebel unserer Zeit aus der heutigen Produktionsweise resultiren und deshalb an Stelle derselben die sozialistische Produktion setzen will, sondern auch den Schluß zieht, daß sich der anzustrebende Gesellschaftszustand nur erreichen lasse durch vollständige Umänderung der politischen Machtverhältnisse aller modernen Staaten. In den Gewerkschaften darf aber keine Politik

getrieben werden und zwar aus zwei Gründen. Erstens verbieten unsere reaktionären Gesetze eine Verbindung politischer Vereine, daher muß die Politik aus dem Spiel bleiben; zweitens hat leider der größte Teil der Arbeiter noch kein Verständnis für politische Fragen, hält sich deshalb von den politischen Parteien fern und würde so für die Arbeiterbewegung noch lange tot bleiben, wenn nicht die Gewerkschaften im Stande wären, das Interesse aller Arbeiter durch Aufklärung über die wirtschaftlichen Fragen in Verbindung mit praktischen Vorteilen, die sich schon auf Grund der heutigen Produktionsweise erreichen lassen, zu wecken. Selbstverständlich ist ja, daß in Gewerkschaften, die von Sozialdemokraten (und mit Erlaubnis des Herrn Breuel rechne ich zu diesen auch die Mitglieder der „Eisenader Volkspartei“) gegründet werden, nur die wirtschaftlichen Grundsätze des wissenschaftlichen deutschen Sozialismus zum Verständnis gebracht und die laien Theorien eines Max Hirsch hinreichend kritisiert werden. Vernagelt müssen die in diesen Gewerkschaften erzogenen Arbeiter sein, wenn sie nicht dadurch von selbst zur Politik getrieben würden, denn jeder, der einigermaßen weiter denken kann, muß ja bald einsehen, daß der gewerkschaftliche Kampf allein nicht ausreichend, sondern ein Eingreifen in die politischen Verhältnisse seitens der Arbeiterklasse notwendig ist. Lassen es doch die herrschenden Klassen an staatlichen Maßregelungen gegen die Entwicklung der Gewerkschaften nicht fehlen. Da aber eine Gewerkschaft bis zu einem gewissen Grade eine Versicherungsgesellschaft ist, so ist es unzulässig, innerhalb derselben die Mitglieder auf ein politisches Programm zu verpflichten, weil dadurch diejenigen, die einem solchen noch nicht zustimmen wollen oder können, ihrer Rechte, die sie sich durch bedeutende Beiträge erworben haben, verlustig gehen würden. Wenn Herr Breuel selbst erklärt, von politischem Parteistand frei zu sein und sich weiter als guter Sozialdemokrat geriert, so muß es ja auch sein, daß der Streit zwischen beiden Fraktionen der Sozialdemokratie so schnell als möglich beseitigt werde. Dazu können gerade die sozialdemokratischen Gewerkschaften viel beitragen. Sie sind der Boden, auf dem beide Fraktionen unbeschadet ihrer häufigen Ansichten, gemeinschaftlich agieren können, mit der Zeit werden sich beide dadurch überzeugen, daß sie eigentlich nichts trennt, denn die hülfe Organisationsfrage ist ja innerhalb derselben so wie so kein Trennungsground.

Durch den gewerkschaftlichen Kampf werden die Arbeiter für den politischen Kampf, aber auch widerstandsfähiger gemacht. Soll der politische Kampf mit Ausdauer geführt werden, so gehört dazu eine Arbeiterklasse, die nicht mehr täglich 14 bis 16 Stunden arbeitet, sondern fähig ist, sich en masse an demselben zu beteiligen. Da aber der heutige Staat vorläufig noch keinen Normalarbeitsstag schaffen wird, so ist es Pflicht der Arbeiter, durch gute einheitliche Organisation die Arbeitszeit selbst zu verkürzen. Da durch lernen die Arbeiter die Macht der Organisation und die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit kennen. Man hört so oft von den großartigen Erfolgen, die die Arbeiterbewegung bereits aufzuweisen habe, fassen und doch sind dieselben noch so äusserst gering. Woher kommt das? Rächst der Zersplitterung der Sozialdemokratie doch hauptsächlich von der Unmöglichkeit für die große Masse der Arbeiter, nach langer a-strenger Arbeit Abends noch in einem vollgepflopfen Versammlungselokal zu sitzen bis spät in die Nacht mit der Aussicht, am anderen Morgen wieder pünktlich in der Fabrik sein zu müssen. Lieber gehen die Arbeiter in die frische Luft oder sie suchen weniger das Gehirn anstrengende Unterhaltungen auf, die ihrem Körper zur Erholung dienen. Das wird anders werden, wenn die Gewerkschaften erst eine Macht geworden sind, wenn keine Erfolge den Mut heben und zu neuen Opfern und Anstrengungen anregen. Mehr aufklärend als jede theoretische Behauptung wirkt ja der praktische Kampf der Gewerkschaften, weil er jede Anwendung der Harmonie-theorie ersticht, für Ideale sind überhaupt nur die entwickelteren Köpfe zu begeistern.

Ein Blick auf den Stand der Bewegung innerhalb des Allg. Deutschen Arbeitervereins wird Herrn Breuel zeigen, daß die Gewerkschaften ein mächtiger Hebel für die Bewegung geworden sind, 1) wegen ihrer rein gewerkschaftlichen Seite, 2) wegen ihrer praktischen Erfolge. Ich verweise auf Berlin, wo bis zum Arbeiterkongress im Herbst 1888 der Allg. D. Arbeiterverein ca. 30 Mitglieder und der „Sozialdemokrat“ ungefähr ebenso viel Abonnenten hatte. Seitdem, insbesondere durch den Beitritt der bis dahin gänzlich indifferenten Bauarbeiter zu den Gewerkschaften hat die politische Agitation so viel Einfluss auf die Berliner Arbeiter gewonnen, daß jetzt 3000 Exemplare des „Neuen Sozialdemokrat“ gelesen werden, eine Thatfache, die gewiß von allen Mitgliedern unserer Partei gern anerkannt wird. Man darf nur nicht übersehen, woher diese Erfolge stammen. Nicht die vielgepriesene unfehlbare Kassenliche Organisation, sondern das Gegenseitliche, die Decentralisierung der Bewegung durch Gewerkschaften hat einen Umschwung hervorgebracht. Herr Breuel kann und wird sich in Hamburg selbst auf Schritt und Tritt überzeugen, daß dort sowohl als in Altona durch die Gewerkschaften die Bewegung in Kreise getragen wird, die bis zur Gründung derselben ihr absolut unzugänglich waren. Daß aber im Buchbinderverband bloß Vereinespielerei getrieben werden soll, wird Herr Breuel nicht zu behaupten wagen, vielmehr anerkennen müssen, daß alle Vereine, die demselben angehören, in ganz derselben Weise wie der Hamburger Buchbinderverein verfahren, nämlich durch Vorteile und Diskussion über wirtschaftliche Fragen mit Hinterlassung jeder Politik das Klasseninteresse ihrer Mitglieder zu wecken und sie über die Bewegungsgesetze der modernen Produktion aufzuklären. Soweit meine Erfahrung reicht, hat man dadurch auch stets ohne politische Propaganda Sozialdemokraten ausgebildet.

Herr Breuel wird aus dem Vorstehenden ersehen, daß die Gewerkschaften keineswegs auf Provokation von Streiks hinwirken, wäre es der Fall, so müßte ich dies gleich ihm für verwerflich erklären. Wo aber ein Streik trotzdem notwendig wird, da soll er zuvor organisiert sein, weil sonst das Elend, das seinem notwendig unglücklichen Ausgange folgt, größer sein wird als dasjenige, das ihn erzeugt. Alle Streiks in Deutschland, die zu einer Niederlage der Arbeiter geführt haben, sind aber nur Verloren gegangen wegen des Mangels einer umfassenden Organisation, nicht das Vorhandensein derselben, sondern ihre zu geringe Ausdehnung hat stets zur Niederlage geführt, und Niederlagen will doch Herr Breuel grade vermeiden. Da sich nun die Streiks nicht wegzudeckeln lassen, so muß man notwendiger Weise den Ubeln Folgen einer Niederlage vorbeugen durch eine alle Fachgenossen eines Industriezweiges umfassende Organisation. Selbst wenn also Herr Breuel von den Vorteilen der Gewerkschaften nicht zu überzeugen wäre, so müßte er sie doch als notwendiges Uebel mit in den Kauf nehmen. Wie aber eine Gewerkschaft organisiert sein muß, weiß gewiß Herr Breuel mindestens ebenso gut, wenn nicht besser als ich, da ja im A. D. A. auf einheitliche Organisation nicht nur, sondern sogar auf diktatorisch-centralistische Die Uebertreibung der ersten Vereinigung das Hauptgewicht ge-

legt wird. Demnach ist es gradezu unerklärlich, warum Hr. Breuel und Genossen nicht nach den Grundsätzen des A. D. A. handeln, und sich einem Verbands anschließen, der wenigstens die zerstreuten Kräfte einzelner Vereine zu einem festen Ganzen zusammenschweißen will.

Daß die Prinzipale sich organisieren und zwar nicht nur local, sondern national und wo dies nicht ausreicht auch international, sollte doch für unsere Hamburger Kollegen, die, weil sozialdemokratisch, zu den avancierten Kräften gehören wollen, eine gute Lehre sein und sie zum Anschluß bewegen; statt dessen wollen sie das Kind mit dem Bade ausschütten und auf jede Gewerkschaftsorganisation verzichten. Dabei passiert ihnen freilich das Malheur, ihre ausgesprochenen Grundsätze mit der eignen Praxis im Widerspruch zu sehen. Sie haben anlässlich einer Lohnbewegung einen Verein gründen müssen, haben auch ihren Opfermuth behauptet als es galt, den Streik unsrer Kollegen zu Hannover zu unterstützen, also Alles gethan was ihren Grundsätzen einen Faustschlag ins Gesicht geben muß. Wollen sie so fortfahren? Gewiß wäre es praktischer, Theorie und Praxis mehr im Einklang zu bringen, da ja eine Vereinigung localer Natur doch nur ein gebrechliches Glied in der Organisationskette der Bewegung bildet. Und gerade wir Buchbinder haben gar keine Zeit zu verlieren, da unsre Principale bereits von uns gelernt haben und eben dabei sind, eine Organisation über ganz Deutschland herzustellen. Die eiserne Nothwendigkeit also ist es, die uns zur Vereinigung zwingt, wenn wir nicht, wie Herr Breuel sagt, die Streiks, diese notwendigen Uebel „geduldig ertragen“ wollen, anstatt das erweckte Klassenbewußtsein durch künftige Unterstützung zu heben. Auch daß der Hamburger Verein „trotzdem“ seine etwa frühlenden Kollegen unterstützen will, ist charakteristisch. In diesem „trotzdem“ liegt stillschweigend das Eingehändliche; daß man selbst nicht so recht an die Anti-Gewerkschaftstheorie glaubt. Wo man unterstützen soll, muß man fragen wofür, wozu, ob ein Streik veranlaßt und zur rechten Zeit angefangen u. s. w. Das kann man nur durch eine große Organisation, andernfalls unterstützt man nur die planlose Streik-Epidemie. Streik-Unterstützungen sollten eigentlich nur an solche Arbeiter gezahlt werden, die bereits einer Organisation angehören, also Opfer gebracht haben, gleichsam als Prämie für die Mitgliedschaft.

Uebrigens hat der Hamburger Verein nicht immer so gedacht wie heute. Im Monat März veröffentlichte derselbe eine Resolution im „Volkstaat“, in der ausgesprochen wurde, daß er sich nur einer centralistisch organisierten Gewerkschaft anschließen würde, so daß man versucht war zu glauben, man wolle absolut einen einheitlichen Allgemeinen deutschen Verein mit Mitgliedschaften an jedem Ort anstatt eines aus Vereinen bestehenden Verbandes haben. Jetzt wo ein Verband mit Vereinen unter gemeinsamer Leitung der sich alle Glieder unterordnen müssen, also eine immerhin einheitliche Organisation besteht, die dasselbe bietet wie ein Verein, nur daß sie vernünftiger Weise keinen Präsidenten, sondern einen Ausschuss an der Spitze hat, erklärt der Hamburger Verein sich nicht etwa gegen diese Form der Vereinigung, sondern prinzipiell gegen jede Gewerkschaftsorganisation. Woher dieser plötzliche mit der eignen Praxis und bis vor Kurzem noch offiziellen Vereinstheorie im Widerspruch stehende Gesinnungswandel?

Der Hinweis Breuel's auf die Resultate der englischen Gewerkschaftsbewegung dürfte keinen Grund dafür abgeben. Es steht fest, daß die englischen Gewerkschaften Außerordentliches geleistet haben auf praktischem Gebiet, sie haben die Lage ihrer Mitglieder wesentlich gebessert durch bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit und eine Organisation geschaffen, die nun auch zu allen andern Zwecken benutzt werden kann, sie haben den englischen Arbeitern für das politische Leben in das er nun eintritt, erzogen. Daß sie trotz ihres Alters und ihrer Großartigkeit bisher dem Sozialismus noch fern standen, lag nicht daran, daß die Vereine eben Gewerkschaften waren, sondern daß den englischen Arbeitern die rechte Erkenntniß fehlte. Betreffs der Elementarkenntnisse, die doch zum Verständnis einer idealen Arbeiterpolitik notwendig sind, steht es noch sehr traurig aus in England, viel schlimmer als bei uns, Lesen und Schreiben sind zumeist noch böhmische Dörfer; ist es da ein Wunder, wenn es langsam geht, ehe sich dort eine neue Idee Bahn bricht? Daß sie meistens der politischen Bewegung fern standen liegt aber zumeist daran, daß sie den politischen Druck nicht so fühlten wie wir. Hätten die englischen Arbeiter mit solchen Polizeischikanen zu kämpfen, lastete auf ihnen eine Militärlast unsrer Art, wären dort Vereine und Bresse stets so geknebelt gewesen wie bei uns, gewiß würden sie längst politisch eingegriffen haben. Aber der Umstand, daß in England zwar der politische Druck ebenso vorhanden ist wie in allen Klassenstaaten, da auch dort wie überall das Proletariat keinen Einfluss auf die Gesetzgebung hat, dagegen wenigstens die persönliche Freiheit unangestastet war („Mein Haus ist eine Burg“, ein alter englischer Wahlspruch) und die Arbeitervereine sich zu einer Macht entwickeln konnten, ohne durch den Staat verhindert zu werden, hat dort die politische Agitation zurückgedrängt. Neuerdings hat sich John Bull den Arbeitern fühlbar gemacht, und sofort nimmt auch die politische Agitation einen riesenhaften Aufschwung und zwar durch die Gewerkschaften, die auch gleich die fertige Organisation mitbringen. Für uns aber waren die englischen Arbeiter die Pioniere, für uns haben sie Erfahrungen gesammelt und der deutsche auf wissenschaftlicher Basis ruhende Sozialismus hat seine Studien innerhalb der englischen Gewerkschaften gemacht, sie haben ihm Material geliefert, und wir haben nun aus den englischen Kämpfen sehr leicht die Schlussfolgerung zu ziehen, daß an eine Lösung der sozialen Frage auf Grund der heutigen Gesellschaftsordnung nicht gedacht werden kann. Die Erfahrungen, die die englischen Gewerkschaften gemacht haben, werden uns eben bestimmen, aus Gewerkschaften nicht bloße Streiklassen zu machen, sondern Mittel zur Aufklärung der Arbeiter. Den englischen Arbeitern kann man wenigstens nicht den Vorwurf des Indifferentismus machen, zur rechten Erkenntniß fehlten ihnen bis jetzt die wesentlichsten Faktoren, Vorbildung und Agitationskräfte. Sind wenigstens die Letztern erst vorhanden, so wird die englische Arbeiterbewegung bestimmt sehr schnell in ein anderes Stadium treten und ganz gewiß nicht den deutschen Beistand um die Form der „unerschließbaren Organisation“ nachsehen.

Aus allen diesen Gründen vermag ich nicht einzusehen, warum von vornherein schon Sozialdemokratie, also auch die politische Frage in Hannoverin gelehrt werden soll. Die Gewerkschaften sollen die Masse der Arbeiter, die der Politik fern steht, anziehen, im Kampf schulen, wirtschaftliche Grundsätze lehren, durch Unterstützungen den brüderlichen Geist pflegen und das Klassenbewußtsein erwecken und säulen. Die Konsequenzen finden sich von selbst sobald sich dem Einzelnen das Unzureichende des rein sozialen Kampfes aufträgt. Jedenfalls wird die Arbeiterklasse durch gewerkschaftliche Organisation erst widerstandsfähig gemacht, kommt schneller zum Anschau als mächtiger Faktor im öffentlichen Leben und zwingt die Gegner zu sachgemäßem gestimmtem Kampf.

Auch wir in Berlin haben im letzten Frühjahr einen Fachverein gegründet, von vornherein war man einseitig der Ansicht, daß man

sich an den Verband anschließen müsse. Nur lokale Schwierigkeiten haben dies bis jetzt verhindert, nun aber steht der Anschluß unmittelbar bevor; möchten unsre Hamburger Kollegen uns bald folgen, alle Fachvereine anderer Gewerke aber, die noch isolirt dastehen, sich ebenfalls ihren Gewerkschaften anschließen.

Zum Schluß noch eine Frage an unsre Hamburger Kollegen soweit sie Parteigenossen sind. Angenommen, die Bewegung sei so weit entwickelt, daß die Arbeiterklasse an eine Verwirklichung ihrer nächsten Forderungen, die Errichtung der Produktionsorganisation, dieser Uebergangsform zur sozialistischen Produktion gehen könnte, würde man dann, wenn nur die politische Organisation bestände, die Gewerkschaften nicht schmerzlich vermissen? Wird es so leicht sein, die Cadres für die Genossenschaften zu organisieren in solch schwieriger Zeit des Ueberganges, wo alles im Kampf mit allen möglichen feindlichen Elementen neu geschaffen werden soll? Die grobe politische Organisation wird den alten Staat in sich aufgehen lassen, der Ausdruck der neuen Gesellschaft sein. Aber für die Regelung der Produktion können nur die Gewerkschaften die Cadres abgeben. Sie besitzen Geschäftserfahrung, haben Personenkenntniß, kennen die organisatorischen Kräfte und wissen, wer sich am besten zur Leitung der Genossenschaften eignet. Sie haben dann bereits statistisches Material über die Zahl der Arbeiter ihres Industriezweiges, sowie die Zahl der Kräfte jeder einzelnen Branche innerhalb derselben. Sie wissen, wie viel jährlich bei bestimmter Arbeitszeit von jedem Artikel produziert werden kann und selbst bei erhöhter Kaufkraft produziert werden muß. Sie bringen mit einem Wort das Nothwendigste, ohne das an eine Verwirklichung der genossenschaftlichen Idee gar nicht gedacht werden kann, vor Allem aber den Corpögeist mit, während die aus allen möglichen Arbeitern zusammengewürfelte politische Organisation nur für die staatliche Neubildung arbeiten kann. In diesem Sinne werden die Gewerkschaften keinzeit eminent praktisch, ja unentbehrlich sein. Glauben unsre Hamburger Kollegen bei aller Begeisterung für politische Organisation diese Mission der Gewerkschaften aus dem Auge lassen zu dürfen?

Diese Frage ist gewiß für jeden Sozialisten des ernstlichsten Nachdenkens werth, hoffentlich habe ich dazu angeregt; die Redaktion wird gewiß gern den Raum dieses Blattes zur Discussion zur Verfügung stellen. (Gewiß, sehr gern. D. H.) Wer nicht will, daß die genossenschaftliche Idee eben immer eine Idee bleibt, der muß sich den Gewerkschaften anschließen, als den notwendigen Grundlagen der sozialistischen Produktion. Und das hoffe ich auch noch heute von den Hamburger Kollegen, nicht trotz, sondern weil sie Sozialisten sind.

Herrmann Peter.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Berlin, 31. August. Der Hamburger Artikel in Nr. 75 des „Volkstaat“: „Ein Wort über die Gewerkschaftsbewegung“ von E. Breuel zwingt mich zu kurzer Entgegnung. Die Leiter des Hamburger Buchbindervereins glauben absolut, die Gewerkschaften seien zu nichts Anderem da, als Sozialdemokraten aus ihnen herauszuschlagen; wenn nur einige Parteigenossen gewonnen werden, ist es nach Herrn Breuel ganz gleichgültig, ob die Gewerkschaftsbewegung darüber zu Grunde geht oder nicht. Ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, den beim Entstehen des Hamburger Buchbindervereins ein Mitglied ausgesprochen, und dafür natürlich hinausgeworfen wurde, nämlich, daß der Vorstand den Verein leitete. Der Hamburger Verein wurde in Folge eines Streiks zur Wahrung materieller Interessen gegründet, trägt den Namen „Deutscher Verein“ und hat aufopfernde Mitglieder für das Gesamtinteresse, wie wir beim Streik in Hannover gesehen haben, in seiner Mitte, daß es gar keine Frage wäre, daß, wenn die Herren Führer nur rebellisch wollten, sich der Hamburger Verein unseren großen Verbänden sofort anschließen würde. Herr Breuel ist hauptsächlich gegen alle Streiks, weil dieselben ein immer größeres Massenelend herbeiführen müßten. Wenn auch von jedem Sozialisten anerkannt wird, daß Streiks uns nicht endgültig zum Ziele führen können, so sind Streiks zum Zweck einer Lohnaufbesserung immerhin zu rechtfertigen, wo der Lohn unter den Niveau des Nothwendigen steht, oder die Arbeitszeit zu lang ist. Daß nun aber gar eine Schäftsbewegung sich bei dem allgemeinen Streben aller Arbeiter nach augenblicklichen Vorteilen, und wären dieselben auch nur gering, passiv verhalten soll, ist eine Theorie, die geradezu lächerlich ist. Eine solche Geschäftsbranche gibt sich eben durch ihre Unthätigkeit immer mehr und mehr dem Hunger und Elend preis, wie wir das jetzt an uns selbst sehen. Wenn Herr Breuel die englischen Gewerkschaften citirt, so weiß derselbe gewiß nicht, daß die englischen Gewerkschaften Mitglieder sich auch jetzt schon ein bedeutend angenehmeres Leben erkämpft haben, wenigstens nicht für solchen Hundelohn arbeiten wie die deutschen Buchbinder. Die rein ökonomische Tendenz der Gewerkschaften kann man diesen nicht zum Vorwurf machen, sie ist begründet in dem unentwickelten Klassenbewußtsein der Massen. Wegen der materiellen Garantien aber, die die Gewerkschaften bieten, ist keine Organisation geeigneter, die Massen in sich aufzunehmen, als die Gewerkschaften. Daß aber das Klassenbewußtsein der Massen geweckt wird, dafür werden die Verhältnisse und sollen wir sorgen. Auch die Hamburger Kollegen werden dies einsehen und ihre Kollegen nicht allein kämpfen lassen. (Besonders meinen früheren Freunden lege ich die Sache sehr an's Herz.) Der nächste Congress wird hoffentlich auch dann einen Hamburger Delegierten aufzuweisen haben. Erst Brod dann Freiheit! Mit Gruß:
B. Jost,

seiner Zeit Mitglied des Hamburger Buchbindervereins.
Hamburg, 1. September. In Nr. 78 des „Volkstaat“ befindet sich ein an den Buchbinderverein zu Hamburg gerichteter Artikel, in welchem Herr Richter, der Präsident des Buchbinderverbandes anfragt, ob das im Breuelschen Aufsatz (siehe Nr. 75 des „Volkstaat“) betonte „Front machen“, gegen den Buchbinderverband die Zustimmung der Mitglieder des Vereins zu Hamburg habe. Unterzeichnet wird, im Namen der Majorität des letztgenannten Vereins, jene Frage im weitem Verlaufe dieses Artikels geschickt beantwortet. Zugleich sei dem Schreiber D'ses aber auch gestützt, noch einmal die Gründe unsres Nichtanschließens kurz auseinander zu setzen, da hierüber bei vielen unserer Fachgenossen noch einige Unklarheit zu herrschen scheint. (Siehe die Correspondenzen in Nr. 77 und 78 dieses Blattes aus Frankfurt gez. G. Correl und aus Bremen gez. G. Saxevel.) Unser Verhalten entspringt keineswegs, wie man anderwärts annimmt, aus kleinlichem Eigennutze oder aus Absonderungsucht. Nein, die Wissenschaft ist es, welche uns sagt, daß die Periode der rein materiellen Zwecke verfliegenden Gewerkschaftsbewegung zu Ende geht, zu Ende gehen muß. Man blide doch nach England!
Wir leben der Uebergangung, daß Arbeiter jeglichen Gewerkes, sobald sie erst einen „Verband“ errichtet haben, dieses Institut für ein „Großes Ganze“ ansehen; kurzum selbstzufriedene Gewerkschafts-Partikularisten werden nun auf diesem Abwege das Ziel der gesamten Arbeiterbewegung aus dem Auge verlieren, im eblen Streben für das wirklich große Ganze erhaltend.
Ein Frankfurter Colleague, Herr Correl fragt nun an, warum

